

# Sozialismus.de

Heft 1-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



J. Köhlinger/M. Ebenau: Der Umgang der IGM mit der AfD  
Maren Hassan-Beik u.a.,  
Postdemokratie im Betrieb

Mit Beiträgen u.a. von  
Konstanze Kriese, Michael Brie,  
Hartmut Meine, Erhard Crome,  
Christoph Butterwegge, Klaus  
Busch, Thomas Jaitner, Marian  
Krüger/Helge Meves, Axel Troost



Forum  
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

## Mordsgeschäfte



Die internationalen Rüstungsmärkte stehen am Beginn eines »Super-Zyklus« mit wieder steigenden Rüstungsausgaben, prognostizierte der Vorstand der Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall auf einer Analystenkonferenz in Berlin. ...

## »Zusammenführen und zusammen führen«



Unter diesem Motto stand der Parteitag der CDU in Hamburg, auf dem die Partei erstmals wieder Kampfkandidaturen um den Vorsitz erleben konnte. Die Delegierten wählten mit knapper Mehrheit Annegret Kamp-Karrenbauer zur neuen Vorsitzenden. ...

## Das Dollar-Regime als Waffe



US-Präsident Donald Trump setzt Wirtschaftssanktionen und Zölle ein, um US-Interessen durchzusetzen. Die weltweite Dominanz des US-Dollars verschafft den USA nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch politische Macht. Das eklatante Beispiel sind die Sanktionen gegen den Iran. ...

## Gelebter Sozialismus

Michael Brie: Rosa Luxemburg neu entdecken  
Zeige uns das Wunder! Wo ist dein Wunder? ..... 2

## Berliner Republik – neu justiert?

Hartmut Meine: »Der Friederich – ein arger Wüterich«. Friedrich Merz, die Gewerkschaften und der zukünftige Kurs der CDU ..... 7

Christoph Butterwegge: Was kommt nach Hartz IV?  
Resümee der »Reformen« – Anmerkungen zu den neuen Konzepten von SPD & Grünen – Alternativen ..... 9

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Große Sozialstaatsreform – oder »echte Existenzsicherung«. Hintergründe der Hartz-IV-Debatte ..... 14

Marian Krüger/Helge Meves: Entpolitisierungen in der Transformation des Kapitalismus – Grüne und AfD ..... 22

## Kalter Krieg reloaded?

Erhard Crome: INF-Vertrag erledigt – neues atomares Wettrüsten? ..... 24

## Europäisches Durcheinander

Bernhard Sander: Entzauberung des Jupiter-Präsidenten  
Der Protest der »Gelbwesten« in Frankreich ..... 30

Thomas Jaitner: Debakel für die Linke, Erfolg für »Vox«  
Was bedeutet der Ausgang der Regionalwahlen in Andalusien? ..... 36

Hinrich Kuhls: Vom Brexit-Votum zum Brexit-Chaos ..... 40

## Forum Gewerkschaften

Maren Hassan-Beik/Javier Pato Otero/Lukas Zappino: Politikverdrossenheit oder Repräsentationsdefizit? Zur wachsenden Bedeutung der Gewerkschaften in der Postdemokratie ..... 45

Jörg Köhlinger/Michael Ebenau: Zum Umgang der IG Metall mit der AfD  
Ein Arbeitspapier der Bezirksleitung Mitte ..... 51

## Europäische Perspektiven

Heinz Bierbaum: Die Linke vor den Europawahlen ..... 56

Klaus Busch: Die Krisen von EU und Eurozone – Re-Nationalisierung blockiert Lösungen ..... 60

Björn Radke/Axel Troost: Eine linke Zukunft für Europa? ..... 65

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 55

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Konstanze Kriese: Cold War – der Breitengrad der Liebe (Filmkritik) ..... 69

## Supplement

Leo Panitch/Sam Gindin  
»Trumping the Empire«

# INF-Vertrag erledigt – neues atomares Wettrüsten?

von ■ Erhard Crome

US-Präsident Donald Trump hat auf einer Wahlkampfveranstaltung im Bundesstaat Nevada am 20. Oktober 2018 verkündet, die USA seien entschlossen, den Vertrag über das Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen (Intermediate Range Nuclear Forces, INF-Vertrag) aufzukündigen. Damit würde ein zentraler Tragpfeiler des am Ende des Kalten Krieges geschaffenen Systems der Europäischen Sicherheit zerstört. Der US-Präsident erklärte, Russland würde gegen den Vertrag verstoßen und neue Mittelstreckenraketen entwickeln. »Wir werden es nicht zulassen, dass sie ein Nuklearabkommen verletzen« und sich solche Waffen verschaffen, »während es uns nicht erlaubt ist«, sagte Trump. Die USA würden dann wieder Mittelstreckenraketen in Dienst stellen. Zwei Tage später setzte Trump in Washington hinzu, diese Drohung gelte Russland und China und »jedem sonst, der dieses Spiel spielen will«. Sollten die anderen Staaten »zur Vernunft kommen«, sei auch er wieder zu Abrüstung bereit.

*Spiegel Online* (23.10.2018) verwies darauf, dass John Bolton bereits vor sieben Jahren im *Wall Street Journal* unter der Überschrift: »Ein Raketen-Vertrag, der uns schadet« für den einseitigen

Austritt der USA aus dem Vertrag plädiert hatte. Der notorische Gegner von Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen hatte damals kein offizielles Amt. Seit April 2018 ist er Sicherheitsberater von Donald Trump. Er dürfte als Vater oder zumindest Haupteinflüsterer der Idee eines INF-Austritts gelten. Gleichwohl würde Boltons Sicht nicht so bedeutsam sein, passte sie nicht in Trumps Grundposition, die USA müssten in Sachen militärischer Rüstung »an der Spitze des Rudels« bleiben.

## Der INF-Vertrag

In der Entspannungphase Anfang der 1970er Jahre hatten die Sowjetunion und die USA Vereinbarungen getroffen über die Begrenzung strategischer Atomwaffen (SALT) und von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag), die die Zweitschlagskapazität der jeweils anderen Seite hätten beeinträchtigen können. Unterhalb dieser Ebene entwickelten beide Seiten Mittelstreckenraketen – mit einer Reichweite zwischen 800 und 5.500 km. Die erreichen zwar die jeweils andere militärische Supermacht



UdSSR, 1989: Vernichtung von SS-20-Raketen nach dem INF-Vertrag vom 8.12.1987 (Foto: dpa)

nicht in ihren lebenswichtigen Zentren, doch wurden die sowjetischen Raketen in den 1970er Jahren von den westeuropäischen NATO-Staaten als Bedrohung angesehen. Nicht zuletzt auf Betreiben von Bundeskanzler Helmut Schmidt fasste die NATO 1979 den sogenannten Doppelbeschluss: (1) Stationierung von US-amerikanischen *Pershing II*-Raketen und von Marschflugkörpern (*Cruise Missiles*), die ebenfalls atomare Sprengköpfe tragen können; (2) Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Rüstungskontrolle und Reduzierung dieser Waffensysteme. Hauptstreitpunkte waren die Kontrolle der Einhaltung von Vereinbarungen sowie die Einbeziehung der französischen und britischen atomaren Sprengköpfe auf Seiten der NATO: Die Sowjetunion sah dies als essenziell an, die NATO-Staaten lehnten es strikt ab.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen begann 1983 die Stationierung der Raketen auch in BRD und DDR. Da klar war: »Je kürzer die Reichweite, desto deutscher die Toten«, kam es zu einer Verstärkung der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten und zu Versuchen der deutschen Regierungen, mäßigend auf die jeweilige Vormacht einzuwirken.

Mit der Amtsübernahme Michail Gorbatschows im März 1985 begann eine Phase neuer Verhandlungen zu rüstungskontrollpolitischen Fragen zwischen der Sowjetunion und den USA, darunter zum SALT-Komplex, zur Weltraumrüstung und zu den Mittelstreckenraketen. Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan unterschrieben am 8. Dezember 1987 in Washington den INF-Vertrag. Mit Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde am 1. Juni 1988 in Moskau trat der Vertrag in Kraft. In ihm wurde festgelegt, beide Seiten vernichten weltweit sowohl ihre landgestützten Nuklearraketen mit kürzerer (500-1.000 km) und mittlerer Reichweite (1.000-5.500 km) – das war im damaligen Sprachgebrauch die »doppelte Null-Lösung«. Kurzstreckenraketen (*Short-Range Nuclear Forces* – SNF) mit einer Reichweite von unter 500 km waren vom INF-Vertrag nicht erfasst. Innerhalb von drei Jahren sollten auch die Abschussvorrichtungen und die dazugehörige Infrastruktur im INF-Bereich zerstört werden. Zum Vertrag gehörten ein *Memorandum des Einverständnisses über die Festlegung der Ausgangsdaten*, ein Protokoll über die Verfahren zur Beseitigung der Raketensysteme und eines über Inspektionen.<sup>1</sup> In der Broschüre des DDR-Instituts für Internationale Beziehungen sind auf einer Karte nicht nur die entsprechenden NATO-Stationierungsorte in der BRD und anderen westlichen Ländern, sondern auch die sowjetischen in der DDR und der Tschechoslowakei ausgewiesen.

Es gab klare Zusagen und ein Regime gegenseitiger Überwachung. Innerhalb von drei Jahren wurden 846 Raketen der USA zerstört und 1.846 sowjetische.<sup>2</sup> In jener Atmosphäre abrüstungspolitischer Kooperation unterzeichneten Gorbatschow und US-Präsident George H.W. Bush am 1. Juni 1990 zudem ein »Abkommen über die Vernichtung und Nichtproduktion chemischer Waffen und über Maßnahmen zur Erleichterung des multilateralen Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen«, das den Weg zur Chemiewaffen-Konvention von 1992 ebnete, sowie am 31. Juli 1991 den Vertrag über die Verminderung strategischer Waffen (START).

## Ungeist der Kündigung

Vor der Unterzeichnung des INF-Vertrages am 8. Dezember 1987 sagte US-Präsident Reagan: »Im Unterschied zu früheren Verträgen wurde hier nicht einfach der Status quo oder eine neue Aufrüstung festgeschrieben. Es war nicht einfach davon die Rede, das Wettrüsten zu kontrollieren. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde der Ausdruck ›Rüstungskontrolle‹ abgelöst durch die Bezeichnung ›Rüstungsreduzierung‹ – in diesem Falle die völlige Eliminierung einer ganzen Klasse amerikanischer und sowjetischer Nuklearraketen.«<sup>3</sup> Michail Gorbatschow betonte nach der Unterzeichnung: »Der Vertrag über die vollständige Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite [...] wird als ein historischer Meilenstein in die Annalen des ewigen Strebens der Menschen nach einer Welt ohne Kriege eingehen.«<sup>4</sup>

Ronald Reagan nahm nach Vertragsunterzeichnung Bezug auf interne Widrigkeiten auch im eigenen Apparat: »Heute haben ich, für die Vereinigten Staaten, und der Generalsekretär, für die Sowjetunion, das allererste Abkommen über die Beseitigung einer ganzen Klasse von amerikanischen und sowjetischen Kernwaffen unterzeichnet. Wir haben einen historischen Schritt getan. Und dabei hatten viele sogenannte kluge Männer vorausgesagt, dass es unmöglich sei, dieses Abkommen zu erzielen, da es zu viele Kräfte und Faktoren gäbe, die dem entgegenstünden. Trotzdem haben wir es geschafft.«<sup>5</sup> Diesen Gedanken nahm Reagan in seiner Ansprache nach Austausch der Ratifizierungsurkunden in Moskau am 1. Juni 1988 wieder auf: »Vor sieben Jahren, als ich zum ersten Mal das Konzept eines Vertrages der doppelten Null-Lösung anregte, gab es viele, die sagten, dies sei eine so unrealistische Idee, dass es unverantwortlich wäre, sie überhaupt vorzuschlagen. Andere verwarfen das Konzept einfach als Propagandatrick oder ein geopolitisches taktisches Wagnis. Skepsis und Zweifel bringen aber selten Ernte ein. Heute sehen wir auf dem Tisch vor uns die Früchte der Hoffnung, Beweise dafür, was Aufrichtigkeit und Realismus zuwege bringen können. Wir waren hoffnungsvoll, Herr Generalsekretär, und wir wurden belohnt. Zum ersten Mal in der Geschichte wird eine ganze Klasse amerikanischer und sowjetischer Nuklearraketen vernichtet.«<sup>6</sup>

Wenn man den Geist jener friedenswilligen Kooperation und gegenseitigen Achtung, der gewissermaßen auch auf US-amerikanischer Seite das Fazit des Kalten Krieges war, mit der heutigen antirussischen Rhetorik nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland und anderen NATO-Staaten vergleicht, so

*Dr. habil. Erhard Crome, Politikwissenschaftler, WeltTrends-Institut für Internationale Politik, Potsdam/Berlin.*

<sup>1</sup> Vgl. Institut für Internationale Beziehungen der DDR (Hrsg.): Gipfeldiplomatie. Ausgewählte Dokumente und Chronik zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und Gipfeltreffen Januar 1985 – Juni 1988. Teil II: Dezember 1987 – Juni 1988, Berlin: Staatsverlag der DDR 1989, S. 182-220.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Richter: Der INF-Vertrag vor dem Aus. Ein neuer nuklearer Rüstungswettkampf könnte dennoch verhindert werden, SWP-Aktuell, Nr. 63, November 2018, S. 1.

<sup>3</sup> Institut für Internationale Beziehungen der DDR (Hrsg.): Gipfeldiplomatie, S. 181.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 222.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 221.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 318.

sind die Aufrichtigkeit und der Realismus verschwunden. Damit erscheint der INF-Vertrag als Ausdruck eines vorwärtsweisenden philosophischen, politischen und diplomatischen Geistes, während dessen Kündigung auf den ersten Blick Ausdruck eines retrograden Ungeistes ist. Allerdings rechnete im Jahre 1988 auch in den USA niemand ernsthaft mit einem baldigen Ende und Zerfall der Sowjetunion. Danach jedoch meinte man im Sinne Fukuyamas, die Geschichte sei nun zu ihrem liberaldemokratisch-kapitalistischen Ende gekommen und der Westen »Sieger der Geschichte«, während Russland als »Regionalmacht« (Barack Obama) auf der globalen Ebene nichts mehr zu suchen habe.

Das zeichnete sich allerdings bereits in der Endphase des Kalten Krieges ab. Bei dem Treffen von Malta mit US-Präsident George H.W. Bush betonte Gorbatschow am 3. Dezember 1989, er habe »den Eindruck, dass die Führung der USA die Konzeption zur Überwindung der Spaltung Europas auf der Grundlage der ›westlichen Werte‹ jetzt besonders aktiv vorantreibt. Wenn dies nicht nur bloße Propaganda ist und man ernsthaft die Absicht verfolgt, diese Haltung zur Grundlage der praktischen Politik zu machen, dann kann [...] viel Porzellan zerschlagen werden. Seinerzeit wurde im Westen Alarm geschlagen, dass die Sowjetunion beabsichtige, die Revolution zu exportieren. Die Aufrufe, die ›westlichen Werte‹ zu exportieren, klingen da sehr ähnlich. Ich möchte es so formulieren: Wir leben heute in einer sehr komplizierten Zeit und müssen uns deshalb besonders verantwortungsvoll verhalten.« Bush versuchte zu bagatellisieren und log Gorbatschow vor: »Sie haben im Zusammenhang mit den westlichen Werten Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Das wäre verständlich, wenn unsere Treue zu bestimmten Idealen in der UdSSR oder in Osteuropa Schwierigkeiten provozieren und die dortigen progressiven Entwicklungen behindern würde. Wir haben jedoch niemals derartige Ziele verfolgt. Die Diskussionen über die westlichen Werte in der NATO oder in anderen Organisationen des Westens sind ganz natürlich und von keinerlei destruktivem Charakter. Was sind denn die westlichen Werte? Das sind [...] Transparenz, Offenheit und stürmische Debatten. Auf wirtschaftlichem Gebiet – Stimuli für den Fortschritt und freier Markt. Diese Werte sind keine neue oder konjunkturelle Erscheinung, wir teilen sie seit langem mit den Westeuropäern, sie sind ein einigendes Band des Westens. Wir begrüßen die Veränderungen in der Sowjetunion und in Polen, messen sie aber in keiner Weise an den westlichen Werten.«<sup>7</sup> Das Gegenteil war der Fall; und es ging nicht nur um »messen«, sondern um aktives Vorantreiben. Nachdem die Gegenmacht Sowjetunion zerfiel, war es für die sich als einzig hinterbliebene Supermacht fühlenden USA eine Frage geopolitischer Zweckmäßigkeit, ob und wann sie den INF-Vertrag wieder aufkündigen.

## Kündigungsperspektiven

Völkerrechtlich ist von Bedeutung: Der INF-Vertrag ist unbestimmter, er enthält jedoch eine sehr weit gefasste, einseitig zu nutzende Austrittsklausel (Art. XV): »Jede Seite hat das Recht, in Wahrnehmung ihrer staatlichen Souveränität den Vertrag zu kündigen, falls sie zu dem Schluss gelangt, dass mit dem Inhalt des vorliegenden Vertrages zusammenhängende außerordent-



George W. Bush und Michail Gorbatschow, 2.12.1989, vor Malta (dpa)

liche Umstände ihre höchsten Interessen gefährden. Sie informiert die andere Seite über die von ihr gefällte Entscheidung, aus dem Vertrag auszutreten, sechs Monate vor Vertragskündigung. Diese Mitteilung enthält eine Erklärung über die außerordentlichen Umstände, die die informierende Seite als ihre höchsten Interessen gefährdend betrachtet.«<sup>8</sup> Das bedeutet erstens, es genügt die Bedrohungsperzeption der kündigenden Seite; zweitens, diese muss erklärt, aber nicht begründet oder belegt werden; drittens, es gibt kein vereinbartes bilaterales oder gerichtliches Schlichtungs- oder Vermittlungsverfahren, auf das die gekündigte Seite sich beziehen könnte; viertens, die geltend gemachten »außerordentlichen Umstände«, die aus Sicht der kündigenden Seite ihre »höchsten Interessen gefährden«, müssen nicht einmal in der Schuld oder Verantwortung der anderen vertragsschließenden Seite liegen.

Geostrategisch ist es Folge der Osterweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands, dass der INF-Vertrag inzwischen fragwürdig scheint. Aus Sicht Russlands sind die Maßnahmen in Rumänien und Polen zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems der NATO nicht gegen Nordkorea oder Iran, sondern gegen Russland gerichtet. Das *Aegis*-Kampf- und Feuerleitsystem, das die US-Marine für den Einsatz von See entwickelt hatte, wurde in Rumänien erstmals landgestützt aufgestellt und fällt damit unter das INF-Verbot. Die USA erklären, das seien Abwehrsysteme. Nach russischer Auffassung könnten diese jedoch auch Atomsprengköpfe tragen. Das trifft ebenfalls auf die US-Langstreckendrohnen zu, deren technische Merkmale mit den nach INF-Vertrag verbotenen landgestützten Marschflugkörpern übereinstimmen. Hier lautet die US-amerikanische Ausrufe, »eine Kampfdrohne sei kein Marschflugkörper, weil sie an den Standort zurückkehren könne«.<sup>9</sup> Dass es den Opfern eines Atomschlages egal sein dürfte, ob das Trägermittel eine *Cruise Missile* war, die mitexplodierte, oder eine Drohne, die an den

Ausgangsort zurückfliegt, um eine weitere Nuklearbewaffnung aufzunehmen, wird bei einer solchen Argumentation unterschlagen. Zudem konnte es auf dem technischen Stand von 1987 keine Antizipation von Kampfdrohnen geben. Insofern müssten hier die Verifikationsmechanismen des Vertrages greifen, die jedoch bisher nicht genutzt wurden.<sup>10</sup> Russland hat den USA Vertragsbruch vorgeworfen, aber den Vertrag nicht aufgekündigt.

Nach westlicher Einschätzung ist Russland im Vergleich zu Sowjetunion und Warschauer-Pakt-Organisation während des Kalten Krieges gegenüber der heutigen erweiterten NATO strategisch ins Hintertreffen geraten, weshalb es (im Sinne eines Kriegsführungs-, nicht eines Kriegsverhinderungsdenkens) auf einen früheren Einsatz von taktischen und operativ-taktischen Atomwaffen setzen müsse. Deshalb habe Russland neue Marschflugkörper für den Mittelstreckenbereich entwickelt, die nach westlicher Lesart gegen den INF-Vertrag verstoßen.<sup>11</sup> Die USA beschuldigen Russland nicht erst durch Bolton und Trump, sondern bereits unter Barack Obama 2014, landgestützte Marschflugkörper mit einer Reichweite von 2.600 km getestet und produziert zu haben. Zudem argumentieren die USA mit einer militärstrategischen Unterstellung: Da etliche Staaten in seiner östlichen und südlichen Peripherie – gemeint sind Iran, Pakistan, Indien und China – über Mittelstreckenwaffen verfügen, die Russland verboten sind, könne es geostrategisch nicht mehr an den Begrenzungen des INF-Vertrages interessiert sein.<sup>12</sup>

Die deutsche Bundesregierung ließ durch ihre stellvertretende Sprecherin, Ulrike Demmer, bereits am 21. Oktober 2018 mitteilen, sie würde die Entscheidung Trumps, sich aus dem INF-Abkommen zurückzuziehen, bedauern. Der INF-Vertrag sei ein wichtiges Element der Rüstungskontrolle und diene in besonderer Weise auch europäischen Interessen. Dann kritisierte sie aber nicht etwa Trump, sondern forderte Russland auf, »die schwerwiegenden Zweifel an seiner Vertragstreue auszuräumen, die durch einen neuen russischen Raketentyp aufgekomen sind«. Die Folgen der US-Entscheidung müssten im Kreis aller NATO-Partner beraten werden.<sup>13</sup> Das neuerliche Gefühl, die Wiederkehr landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen würde nun erneut heißen: »Je kürzer die Reichweite, desto deutlicher die Toten«, führte nicht zu einer Intervention in Washing-

ton, sondern zum Einlenken gegenüber den USA. Die NATO-Außenminister warfen auf ihrem Treffen am 4. und 5. Dezember 2018 Russland geschlossen vor, mit neuen Marschflugkörpern gegen den INF-Vertrag zu verstoßen, und setzten Russland eine 60-Tage-Frist, diese zu verschrotten. Das war kein Schritt zur Rettung des Vertrages in deutschem Interesse, sondern nur eine neue Drehung in der anti-russischen Kampagne. Deutschlands Regierende haben erneut eine friedenspolitische Chance vertan.

## Strategie und Taktik

Politischen Gegnern möglichst unberechenbar zu erscheinen, um sie dadurch noch stärker einzuschüchtern – das ist die außenpolitische »Strategie des Verrückten«. Darauf hatte der französische Historiker und Demograph Emmanuel Todd schon 2002, angesichts des Regierungshandelns des US-Präsidenten George W. Bush, hingewiesen. Das sei eine klassische strategische Denkfigur, aber »ungeeignet für ein Land von der Größe eines Kontinents«, <sup>14</sup> die USA.

Donald Trump versucht seit seinem Amtsantritt alles, um eine solche Vorgehensweise als Mittel der Politik einzusetzen. So forderte Devin T. Stewart vom *Carnegie Council* – bekennender Anhänger der Demokratischen Partei – kürzlich, Trump einer Neu Beurteilung zu unterziehen. Seine Präsidentschaft markiere »eine Rückkehr zur Realpolitik und zur Großmachtspolitik«. In den 1990er Jahren hatte Präsident Bill Clinton über die »Brücke ins 21. Jahrhundert« gesprochen, in der die USA die »Weltführerschaft für Frieden und Freiheit« beibehalten. Die USA würden Globalisierung, technologische Entwicklung und freien

<sup>7</sup> Michail S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin: Rowohlt Verlag 1993, S. 123, 125f.

<sup>8</sup> Institut für Internationale Beziehungen der DDR (Hrsg.): Gipfeldiplomatie, S. 193.

<sup>9</sup> Wolfgang Richter: Der INF-Vertrag vor dem Aus, S. 2.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 2-4.

<sup>11</sup> Vgl. The International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 2018, London 2018, S. 194.

<sup>12</sup> Vgl. Wolfgang Richter: Der INF-Vertrag vor dem Aus, S. 4f.

<sup>13</sup> [www.bundesregierung.de/breg-de/suche/zur-ankuendigung-der-usa-sich-aus-dem-inf-abkommen-zurueckzuziehen-1540744](http://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/zur-ankuendigung-der-usa-sich-aus-dem-inf-abkommen-zurueckzuziehen-1540744).

<sup>14</sup> Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/Zürich: Piper Verlag 2003, S. 14.



## Weggesperrt – Gefängnisse und Strafsysteme

*Außerdem:* Evangelikale in Lateinamerika |  
Postkoloniale Niederlande | Erinnern an den  
Vietnamkrieg

52 Seiten, € 6,-

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Handel fördern – das war die »Heilsbotschaft des liberalen Internationalismus«. »Diese Mentalität zog die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation ebenso nach sich wie Invasion und Kriege im Irak und in Afghanistan unter Bush und die Finanzkrise 2008.« Angesichts von Trumps Erfolgen seien diese Grundsätze zu hinterfragen. »Die Trump-Doktrin stellt frühere politische Annahmen auf den Kopf. Trumps ›America First‹ ist eine Umkehrung der Realpolitik und des Wettbewerbs zwischen Großmächten. Es passt besser in eine Zeit, in der die USA ihre Dominanz eingebüßt haben.«<sup>15</sup> Trump selbst beschrieb seine Sicht so: »Die amerikanische Politik des von Prinzipien geleiteten Realismus bedeutet, dass wir uns nicht zur Geißel alter Dogmen, diskreditierter Ideologien und sogenannter Experten machen lassen, deren Thesen im Laufe der Jahre ein ums andere Mal widerlegt wurden. Das gilt nicht nur für Friedensangelegenheiten, sondern auch für Wohlstandsfragen.«<sup>16</sup>

Ist das die strategische Perspektive, so gilt für die taktische: »Trumps Diplomatie lässt sich auf vier Eckpunkte reduzieren: beleidigen, feilschen, Lasten verteilen und prahlen. Einen Dialog beginnt er, indem er das Gegenüber beleidigt, meist per Twitter. Dann ergreift er die Gelegenheit, sich mit ihm zusammzusetzen, zu feilschen und eine aus seiner Sicht faire Lastenverteilung zu erreichen. Am Ende prahlt er mit den Ergebnissen. Trump behandelt sämtliche Beziehungen als Geschäftsbeziehungen und verfolgt die Taktik ›Auge um Auge, Zahn um Zahn‹, um sein Ziel der ›Gegenseitigkeit‹ zu erreichen.« Seine Methode ist »eine Umkehrung des früheren Führungsstils und stellt überlieferte Ansätze auf den Kopf. An die Stelle von Technokratie, Meritokratie und Bürokratie treten persönliche Beziehung, Vertrauen und Loyalität auf höchster Ebene. An die Stelle der Freihandelsideologie tritt das Verständnis von Handel als einem Mittel zur Bereicherung. Statt Institutionen aufzubauen, wird die Nützlichkeit jeder einzelnen Institution infrage gestellt. Statt

moralgestützte Diplomatie zu betreiben, wird mit jedem geredet, der bereit ist zu feilschen. Statt sorgfältig formulierte Reden zu halten, wird alles gesagt, was zum Ziel führen könnte. Heilige Kühe werden nicht mehr verschont, sondern geschlachtet, oder zumindest steht die Drohung im Raum. Statt offene Märkte zu propagieren, werden US-Märkte, Militär und Migration als Faustpfand eingesetzt. Jede Beziehung wird darauf überprüft, wie viel Druck man auf sie ausüben kann.«<sup>17</sup>

Trumps Außenpolitik ist wohl lange nicht so klar und hell-sichtig erklärt worden. Trifft diese Beschreibung zu, dürfte in Sachen INF-Vertrag das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Wir sind noch in der Phase der Beleidigung, nicht des Feilschens.

## Das Gesagte und das Gemeinte

Derzeit ist jedoch nicht klar, ob es in erster Linie um Russland oder nur um Russland geht. Die USA und Russland hatten bereits 2008 in der UNO den Versuch unternommen, den INF-Vertrag zu internationalisieren und insbesondere China einzubeziehen. Auch Frankreich und Großbritannien winkten ab, waren sie doch schon 1987 ausdrücklich unberücksichtigt geblieben.

Der Blick auf China sollte jedoch nicht nur unter militärischer Perspektive erfolgen. Am selben Abend, an dem sich der chinesische Präsident Xi Jinping und US-Präsident Trump in Buenos Aires am Rande des G20-Treffens zusammensetzten, um einen Waffenstillstand im Handelskrieg zu vereinbaren, wurde in Vancouver (Kanada) die chinesische Spitzenmanagerin Meng Wanzhou festgesetzt. Sie war nur im Transit auf einem Flug nach Mexiko. Gleichwohl erreichte sie der Bannstrahl der US-amerikanischen Anmaßung, das innerstaatliche Recht der Vereinigten Staaten auf den ganzen Globus auszudehnen. Die kanadischen Behörden gehorchten.

Frau Meng ist nicht irgendwer: Sie ist Finanzchefin und stellvertretende Vorstandsvorsitzende des chinesischen Technologiekonzerns Huawei und zugleich die Tochter des Firmengründers Ren Zhengfei. Huawei gilt als weltgrößter Ausrüster für digitale Netzwerke und zweitgrößter Smartphone-Produzent. Aus Sicht der USA ist der chinesische Konzern der schärfste Konkurrent für die amerikanischen Netzausrüster. Schneller als die US-Konkurrenz hat er die Technologien für das neue 5G-Netzwerk entwickelt. Mit der Behauptung, Huawei arbeite eng mit den chinesischen Geheimdiensten zusammen, sodass alle sensiblen Daten, die über die kritische Internet- und Kommunikations-Infrastruktur des 5G-Netzwerkes laufen, am Ende in Peking landen, hat die US-Regierung Huawei den Marktzugang in den USA verweigert und will dies auch global erreichen. (Wahrscheinlich erinnern sich die US-Behörden an die enge Kooperation ihrer Internetkonzerne mit NSA und CIA und unterstellen, anderenorts sei es ebenfalls so.) Australien, Neuseeland und britische Firmen haben in diesem Sinne mittlerweile den Verzicht auf Huawei-Technik beim 5G-Netzausbau erklärt. Deutsche Stellen gehen (noch?) davon aus, dass die Spionagevorwürfe nicht bewiesen sind und ohne Huawei der Ausbau des 5G-Netzes in Deutschland sehr viel teurer und langwieriger werde.

Vorwand für die Verhaftung von Frau Meng war jedoch ein anderer: Huawei oder ein Tochterunternehmen in Hongkong



**analysen. fakten. argumente.**  
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

Ein Autorenkollektiv des isw beleuchtet aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Verflochtenheit der Weltwirtschaft, aus der sich, gepaart mit der tagtäglichen Kriegsrhetorik einzelner Global Player eine gefährliche Konkurrenzentwicklung ergibt, die leicht zu einem "heißen" globalen Krieg eskalieren könnte.

FRANZ GARNREITER: Hyperglobalisierung. Die neue Phase der Globalisierung

CONRAD SCHUHLER. Trumps "America first" – der Versuch, die USA zur unumschränkten globalen Supermacht zu machen

FRED SCHMID: Trumps Wirtschaftskrieg gegen China

CHARLES PAULI: Europa-USA: Rosinenpicken und Sonderkonditionen

WALTER LISTL: Die USA auf dem Weg vom Handelskrieg zum heißen Krieg?

CONRAD SCHUHLER: Handelskriege? Heiße Kriege? Wo bleibt die "fortschrittliche Internationale"?



**GLOBALER WIRTSCHAFTSKRIEG**  
Der Aufstieg Chinas.  
Zerbricht der Westen?

Schutzgebühr: 4,50 Euro

**ISW REPORT NR. 115**  
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

**isw-report 115**  
Dez. 2018 / 56 S. / 4,50 Euro + Vers.

**Bestellungen an:** isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München  
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw\_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren Publikationen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite

**www.isw-muenchen.de**

hätte Geschäfte mit dem Iran gemacht und damit gegen die US-Sanktionen gegen den Iran verstoßen. Dafür sei Meng Wanzhou maßgeblich verantwortlich. Nun hatte China diese »Sanktionen« nicht anerkannt und Huawei damit nach chinesischem Recht nichts Rechtsbrecherisches getan, gleichwohl hatten die USA einen internationalen Haftbefehl ausgelöst und an die kanadischen Behörden ein Auslieferungsersuchen gerichtet. Ob sie auch gleich noch die Information mitgeliefert haben, in welchem Flugzeug die Frau saß, wurde nicht bestätigt.

Der Vorfall zeigt schlaglichtartig, wie die USA mit Zähnen und Klauen ihre Weltmachtrolle zu verteidigen suchen und mit welchen Bandagen diese Kämpfe ausgetragen werden. Im Kern geht es darum, dass chinesische Hochtechnologie-Firmen dabei sind, sich einen Vorsprung gegenüber den westlichen Technologien zu erarbeiten, der auch am globalen Markt immer sichtbar wird.

Ganz in diesem Sinne hat der österreichische IT-Manager und China-Experte Robert Fitzthum festgestellt: »Diejenigen Teile der amerikanischen Industrie, die mit der chinesischen Wirtschaft nicht konkurrenzfähig sind, und Teile der Eliten, denen es schwer fällt, die Rolle der USA nach dem Ende des Kalten Krieges als weltweite ›Nummer Eins‹ schwinden zu sehen und die den weltweiten Einflussverlust der USA in *hard power* und *soft power* nicht wahrhaben wollen, Beratungsunternehmen und Forschungsinstitute, die mit dem Aufbauschen von Problemen mehr Geschäft machen als mit friedlicher Entwicklung, das US-Militär, Geheimdienste und die damit verbundene Presse – alle diese Gruppen rüsten für eine hitzige Auseinandersetzung. Sie verstärken die Tendenzen des ›China Containment‹, die Entwicklung Chinas einzudämmen und zu behindern.«<sup>18</sup> Die USA verstärken ihre internationale Druckpolitik, insbesondere auch gegen China und Russland, weil sie in den vergangenen Jahren schwächer geworden sind. Insofern richten sich militärische Druckversuche der Trump-Administration auch gegen den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg Chinas, gegen seine geopolitische und geoökonomische Position.

In den vergangenen vierzig Jahren hat China in der Tat eine neue historische Rolle übernommen. Das Wirtschaftswachstum lag zwischen 1980 und 2016 im Jahresdurchschnitt bei 9,6% (in Deutschland waren es 1,7%). 680 Mio. Menschen wurden von 1980 bis 2010 aus extremer Armut geholt, 2012-2017 nochmals 70 Mio. Die verbliebenen 30 Mio. sollen diesen Aufstieg bis 2020 erfahren. Die Reallöhne wurden 2006-2015 um 125% gesteigert, in Indien (das als Land eher vergleichbar ist als etwa Deutschland) um 60%. Die Zahl der Krankenversicherten in China stieg von 200 Mio. im Jahre 2004 auf 1,3 Mrd. Menschen 2014 – das sind faktisch alle. 840 Mio. Menschen waren 2014 vom Rentensystem erfasst, 2020 sollen es alle sein. Die Handelsüberschüsse betragen laut Fitzthum 2016 510,7 Mrd. US-Dollar, die Diviservenreserven erreichten 2014 den Höhepunkt von etwa 4.000 Mrd. US-Dollar. Seither haben sie etwas abgenommen, auch wegen der umfangreichen Investitionen in die heimische Infrastruktur und in das internationale Projekt der »Neuen Seidenstraße«.

Dennoch ist China statistisch gesehen weiter ein »Entwicklungsland«: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 2016 15.400 US-Dollar, in Deutschland 48.110 US-Dollar und in den USA 57.400 US-Dollar. Nach den Plänen der Kommunistischen Partei soll China 2021 eine »Gesellschaft mit bescheide-

nem Wohlstand« sein, 2049 (zum 100. Jahrestag der Volksrepublik) ein »modernes sozialistisches Land«. Dann wird nach Schätzungen das Land auch im Pro-Kopf-Einkommen die entwickelten Länder des Westens erreicht oder überholt haben.

Es ist dieser Aufstieg Chinas, auf den die USA mit militärischer Aufrüstung und Einkreisung, der Anzettelung regionaler Konflikte in geographischer Nähe Chinas – nicht nur im Südchinesischen Meer, auch in Taiwan und Korea, mit der Förderung secessionistischer Kräfte in Tibet und Xinjiang, mit geheimdienstfinanzierten Operationen für eine »Farbrevolution« in China, aber eben auch mit wirtschaftlichem und politischem Druck auf Drittländer reagieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat China ermöglicht, auch seine militärischen Fähigkeiten auszubauen. Das Land verfügt über Seezielflugkörper, die auf eine Entfernung bis 1.500 km sich bewegende Schiffe treffen können. Neue Raketen mit einer Reichweite von 3.000 bis 4.000 km sind nuklear und konventionell bestückbar und können vom Festland aus Ziele auf See und auf dem Land treffen, wie Flugzeugträger oder die US-Stützpunkte auf Guam. Eine andere neue Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 2.500 km kann einen Hyperschall-Gleitflieger ausstoßen, der mit zehnfacher Schallgeschwindigkeit sein Ziel trifft.<sup>19</sup> 90% dieser Raketenwaffen würden unter den INF-Vertrag fallen. Tatsächlich besitzen die USA und Russland über 90% aller Nuklearwaffen weltweit. China hat etwa 60 landgestützte Interkontinentalraketen. Es verfügt jedoch über 1.600 Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Marschflugkörper, die überwiegend konventionell bestückt sind, aber auch nuklear ausgerüstet werden können. Das stört die Überlegenheitspläne der USA.

Wird der INF-Vertrag tatsächlich aufgekündigt, droht ein neues Wettrüsten mit landgestützten INF-Trägermitteln in Europa – Russland stationiert seine Raketen westlich des Ural, die NATO gegen Russland. Die gefährliche Lage von vor 1987 würde wiederhergestellt. Ein neues Wettrüsten drohte aber auch in Asien – die USA stationieren Mittelstreckenraketen z.B. in Japan und Südkorea. China hat Anfang Dezember 2018 bekräftigt, sich an einem multilateralen INF-Vertrag nicht zu beteiligen. »Der Trump-Administration muss klar gewesen sei, dass Peking das geforderte Abkommen nur ablehnen kann.«<sup>20</sup> Die beabsichtigte Aufkündigung des Vertrages durch die USA kann auch der eigentliche Zweck sein: die fortgesetzte Einkreisung der Gegenmächte. Und die anderen NATO-Staaten, Japan und Südkorea sind nur die willigen Vollstreckungshelfen.

<sup>15</sup> Devin T. Stewart: Die Wahnsinnsmethode. Warum Trumps Außenpolitik erfolgreicher ist, als wir uns das eingestehen wollen, in: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft, 16.11.2018. [www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/die-wahnsinnsmethode-3087/](http://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/die-wahnsinnsmethode-3087/), S. 1, 4.

<sup>16</sup> Amerika Dienst, Newsletter vom 28. September 2018: Präsident Trump bei der 73. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2018.

<sup>17</sup> Devin T. Stewart: Die Wahnsinnsmethode, S. 5.

<sup>18</sup> Robert Fitzthum: China verstehen. Vom Aufstieg zur Wirtschaftsmacht und der Eindämmungspolitik der USA, Wien: Promedia Verlag 2018, S. 74. Die nachfolgenden Daten nach diesem Buch.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda, S. 220.

<sup>20</sup> Wolfgang Richter: Der INF-Vertrag vor dem Aus, S. 6.



# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

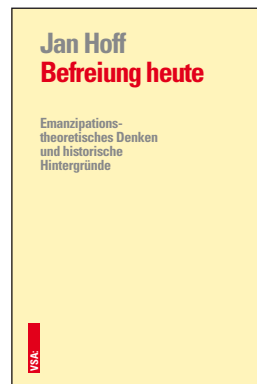
Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)